

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

24. August 1968 - 68 / II
Einzelpreis DM 0.75

BERICHTE ZUR INTERVENTION IN DER CSSR:

REPORT ÜBER DIE DEMONSTRATIONEN IN WESTBERLIN (SEITE 2) - BRIEF DER APO AN DIE KOMMUNISTISCHEN ZENTRALEKOMITEES DER INTERVENISTEN (SEITE 4) - NIELS KADRITZKE UND KLAUS MESCHKAT ZUR HALTUNG DER REVOLUTIONÄREN SOZIALISTEN NACH DEM EINMARSCH IN DIE CSSR (SEITE 5) - TONBANDMITSCHNITT VOM TEACH-IN DER APO IN DER TECHNISCHEN UNIVERSITÄT (SEITE 8) - SED-BEGRÜNDUNGEN FÜR DIE INTERVENTION (SEITE 13) - LEMMERS LYNCHAUFTRUF AM RATHAUS SCHÖNEBERG (SEITE 14)

DDR-MASSNAHMEN GEPLANT: ZÖLLE, TRANSPORTSTOPP, VERWEIGERUNGEN

Bestinformierte Kreise, die heute noch nicht näher bezeichnet werden können, wissen von neuen einschneidenden Maßnahmen der DDR, die sowohl im Zusammenhang mit dem für November geplanten Bundesparteitag der CDU in Westberlin als auch mit der Lage in der CSSR stehen. Es werden konkret angekündigt: 1. Journalisten, die "Kalten Krieg" machen, soll generell die DDR-Durchreise gesperrt werden. 2. Für die Verbindungswege zwischen der Bundesrepublik und der DDR soll ein Transportstopp für "Rüstungsüter der NATO" verkündet werden. 3. Auf Paketsendungen zwischen Bundesrepublik und Westberlin in die DDR und umgekehrt sollen "normale Auslandszölle" erhoben werden. Die erste Maßnahme wird ihre Begründung mit dem Bundesparteitag der CDU, die zweite mit "der konterrevolutionären Situation in der CSSR" finden.

WESTBERLINER CSSR-DIPLOMAT: KUNDGEBUNG LIEFERT ND-BEWEISE

Ein Sprecher der CSSR-Militärmission äußerte einem Journalisten gegenüber anlässlich der Solidaritätsaktion der APO vor der Mission seine Besorgnis über die zwei Stunden später stattfindende "Freiheitskundgebung" am Schöneberger Rathaus. Eine Veranstaltung mit Lemmer, Schütz und Wohlrabe sei genau das, was das "Neue Deutschland" am nächsten Tag als Rechtfertigung für die Invasion in Prag benutzen werde: Wenn solche Revanchisten an der Seite der CSSR stünden, sei es höchste Zeit für eine Intervention gewesen.

APO WESTBERLIN: SOLIDARITÄTSKONTO CSSR 5245 BEI DER BFG

Die Studentenvertretungen der Westberliner Hochschulen und Universitäten haben gemeinsam mit Verbänden der Außerparlamentarischen Opposition, darunter RC und SDS, zur finanziellen Unterstützung tschechoslowakischer Sozialisten in Westberlin aufgerufen, die im Augenblick nicht in ihre Heimat zurückkehren wollen oder können. Es wurde bei der Bank für Gemeinwirtschaft ein "Solidaritätskonto CSSR" mit der Nummer 5245 eingerichtet. Tschechoslowakische Freunde und Genossen sollen sich an die AStAs der TU, FU und KiHo wenden.

AMIS RAUS AUS VIETNAM - RUSSEN RAUS AUS PRAG ! / VON MARTIN BUCHHOLZ

Mittwoch, 21. August 1968: Irgendein Tag in den Semester- und Schulferien für Westberliner Studenten und Schüler. Zumindest bis zu dem Moment, wo sie das Radio einschalteten oder das Telefon klingelte... Ein Tag, den die Westberliner Außerparlamentarische Opposition so schnell nicht vergessen wird. Dennoch kein Tag der Resignation, sondern ein Tag der Solidarität...

11 Uhr 30: Beratung der APO-Sprecher der verschiedenen Organisationen. Im Vordergrund steht wieder die Frage: Was tun? Der Vorschlag, symbolisch vor sowjetische Institutionen, etwa das Büro der UdSSR-Agentur TASS, zu ziehen, wird verworfen. Sinnvoller scheint es, vor der Tschechoslowakischen Militärmission Solidarität mit den CSSR-Kommunisten zu bekunden. Es soll allerdings klar werden, daß man damit keineswegs bedingungslos den sogenannten Reformkurs der tschechoslowakischen KP befürworte, daß gewisse bürgerliche, antisozialistische Elemente in der jüngeren CSSR-Entwicklung von vielen Westberliner Sozialisten mit Sorge beobachtet wurden. Daß diese Bedenken im Augenblick der sowjetischen Intervention drittrangig wurden, ist allen Beteiligten klar. Dennoch will man auf einem Teach-in die ideologische Position einer solchen Solidarisierung gemeinsam diskutieren, bevor man um 17 Uhr zur Demonstration aufbricht.

14 Uhr: Teach-in im Audimax der Technischen Universität mit mehr als tausend Teilnehmern. (Siehe Dokumentation). Auch einige strikt antikommunistische Zwischenrufer darunter, die mehrmals vergeblich aufgefordert werden, ihre Meinung über das Mikrofon zu formulieren. Darauf verzichten sie. Niemand hindert sie allerdings daran, sich weiter als "Störer" zu produzieren. Diese Szenen kommen dem Beobachter spät am Abend vor dem Rathaus Schöneberg wieder ins Gedächtnis, als Zwischenrufer eine von der Meinung "echter Berliner" abweichende Beurteilung der Situation vertreten.

17 Uhr: Abmarsch der Demonstranten von der TU. Erste Sprechchöre: "NATO und Warschauer Pakt - Verbrecherkontrakt" - "Werft die Stalinisten in die Mottenkisten" - "Bürokratie und Bourgeoisie! Nehmt die schwarze Fahne der Anarchie!" - "Brecht Breschnew die Gräten, alle Macht den Räten!" Später setzen sich andere, von der ganzen Demonstration getragene Sprechchöre durch: "Dubcek, Svoboda!" Und: "Amis raus aus Vietnam! Russen raus aus Prag!" - "Wer hat die Revolution verraten? Die roten Bürokraten."

Drei Großfotos werden mitgeführt: Trotzki, Che Guevara und Lenin. Etwa hundert Papptafeln und Spruchbänder mit unterschiedlichen Parolen: "Wir warnen unsere kalten Krieger: Mischt Euch nicht ein!" - "Wir grüßen Dubcek und die KP der CSSR" - "Sowjetunion - Imperialist Nr. 2" - "CSSR - Kein Protektorat der DDR" - "Was fehlt der SED? Zwei, drei, viele Che" - "DDR-Soldaten - habt Ihr Prag wiedererkannt?"

Das letzte Papp-Schild brachte ein APO-Demonstrant auch am Abend vors Rathaus mit. Es war das einzige, das die "echten Berliner" nicht zertrümmerten.

Hunderte von roten Fahnen, zwei, drei schwarz-rote und einige nur-schwarze als anarchistische Symbole, auch ein paar CSSR-Nationalflaggen... Die Westberliner am Straßenrand reagieren verstört: Ihr ganzes Weltbild gerät ins Wanken, wenn Links-Demonstranten unter roten Fahnen gegen die Sowjets protestieren.

19 Uhr 30: Mehrere hundert Demonstranten warten bereits vor der Tschechoslowakischen Militärmission in der Podbielskiallee, als der inzwischen auf 4000 APO-Anhänger angewachsene Zug nach einem Zweieinhalb-Stunden-Marsch durch die Innenstadt dort eintrifft. Die Polizei hat Sperrgitter rings um das Missionsgebäude errichtet. Ekkehart Krippendorff, Klaus Meschkat und Heinz Beinert werden vom Missions-Chef Dr. Krepelak zu einem Gespräch empfangen. Ihre Bitte an den Diplomaten, zu den Demonstranten zu sprechen, muß er ablehnen, weil es der Status eines Militärmissionsleiters nicht erlaubt, öffentlich Erklärungen abzugeben. Er dankt aber ausdrücklich für die APO-Demonstration und ist besonders erleichtert darüber, daß sich dieser Protestmarsch eindeutig von der geplanten Freiheits-Vorstellung vor dem Schöneberger Rathaus unterscheidet. Mis -

sionschef Krepelak nimmt auch die Resolution der Studentenvertretungen und verschiedener APO-Gruppen (siehe Dokumentation) entgegen und erklärt, daß er sie voll billige: "Es ist eine sehr vernünftige Erklärung".

Bei einer kurzen Kundgebung nach diesem Besuch sprachen Ekkehart Krippendorff, Christian Semler, Niels Kadritzke und Klaus Meschkat (siehe Dokumentation). Hier zeigt sich, daß einige Mitdemonstranten den Sinn dieser sozialistischen Solidaritätskundgebung nicht verstanden haben und - offensichtlich durch einige Parolen irritiert - ein strikt antisowjetisches und antikommunistisches Verhalten zeigen. Sie reagieren schon bei der Anrede "Genossen und Genossinnen" allergisch, brüllen Klaus Meschkat mit "Dubcek, Svoboda"-Sprechchören nieder, als er erklärt, daß eine militärische Intervention gegen Konterrevolutionäre grundsätzlich nicht abzulehnen sei. Im Falle der CSSR aber könne davon keine Rede sein: Dort, wo wirklich die Konterrevolution herrsche wie in Indonesien und in Ghana, schreite die Sowjetunion nicht ein. Auch Christian Semler, der die Senatsbürokratie in Westberlin weiterhin zum Feind Nr. 1 erklärt, wird von Sprechchören gestört, als er die Regierenden der Stadt als "Sozialfaschisten" bezeichnet. Der größte Teil der Demonstranten stimmt dann aber zum Abschluß in den Gesang der "Internationale" ein, die schon während des ganzen Marsches immer wieder ertönte.

1 Uhr: Auf den Tag genau sieben Monate ist es her, seit die letzte "Freiheitskundgebung" auf dem John-F.-Kennedy-Platz vor dem Schöneberger Rathaus stattfand. Die Ereignisse dieser Dutschke-raus-Veranstaltung, bei der es zahlreiche Verletzte gab und ein vermeintliches Dutschke-Double fast gelyncht worden wäre, sind bekannt. Und obwohl damals bestenfalls doppelt soviel Westberliner wie an diesem Abend auf dem Platz erschienen, lautete die damalige Schätzung der Polizei auf "150 000 Berliner", diesmal aber nur (und zweifellos korrekt) "etwa 10 000". Auch bei dieser Demonstration sind sehr viele junge Leute vertreten, teilweise von der Jungen Union, deren Sprecher Jürgen Wohlrabe die Veranstaltung initiiert hatte, doch in der Mehrzahl liberal gesinnte Jungbürger, die sehr wohl wissen, daß Dubcek ein Kommunist ist. Etwa hundert Teilnehmer der vorherigen APO-Demonstration wollten diese Tatsache verdeutlichen: Mit sichtbarem Abstand hinter den Heuchel-Horden der CDU ziehen sie mit roten Fahnen auf den Platz vor dem Rathaus. Nachdem schon junge Mädchen, die ein Protest-Flugblatt gegen den Senat verteilten, von älteren Frauen und Männern gestoßen und geschlagen wurden, läßt man die APO-Leute zunächst in Ruhe: Hie und da gibt es böse Bemerkungen über "rote Banditen", auch gelegentliche Rempelen und Fausthiebe, doch es überschreitet nicht das Maß des in Westberlin Gewohnten. Erst als Ernst Lemmer von "Dubcek, Svoboda"-Sprechchören und "Heuchler"-Rufen unterbrochen wird und der Anti-APO-Opa daraufhin die Bürger aufruft, "mit diesen Burschen Schluß" zu machen (siehe Dokumentation), kommt es zu Pogrom-Szenen, die an jene berühmt-berüchtigte Februar-Kundgebung erinnern. Dazu der "Tagesspiegel": "Zwischen den einzelnen Gruppen von Teilnehmern der Demonstration kam es während der Kundgebung zu Meinungsverschiedenheiten, insbesondere bei der Rede von Ernst Lemmer. (...) Umstehende rissen der kleinen Gruppe mit den roten Fahnen, die "Dubcek ist ein Kommunist" und "Nazis raus aus Westberlin" riefen, die Fahnen weg und prügeln mit Fäusten auf diese ein, während sie selbst riefen: "Lieber tot als rot!" Schließlich verbrannten sie eine Fahne und zerrissen ein Ho-Chi-Minh-Bild. Die Jugendlichen wurden schließlich abgedrängt, einige verließen die Kundgebung unter Protest. Einer brach blutüberströmt zusammen."

Es gab bei diesen Schlägereien mindestens zehn APO-Anhänger, die auf dem Platz zusammenbrachen. Auf einem der Verletzten traten zwei, drei "echte Berliner" noch ausgiebig herum. Es wurden mehrere rote Fahnen verbrannt. Einem Demonstranten wurde sogar die CSSR-Nationalflagge entrissen und angezündet. Begründung: "Da ist ja auch Rot drin." Als Journalisten die meist älteren Schläger mit dem Hinweis zu beruhigen versuchten, daß auch Dubcek zur roten Fahne stehe, da er Kommunist sei, kam die Antwort: "Was, der ist Kommunist? Das Schwein sollte sich hier nicht sehen lassen." Die APO-Demonstranten, gegen die mehrere NPD-Leute gemeinsam mit CDU-Anhängern vorgingen (darunter der am 13. August von der Polizei verhaftete Hammerwerfer), riefen schließlich verzweifelt und lautstark "Polizei, Polizei". Der Berichterstatter versuchte zweimal während dieser Szenen zum Einsatzleiter vorzudringen. Beim erstenmal wurde

er an der Rathausstreppe beschieden: "Wir machen gleich was, um die Leute zu schützen." Als daraufhin zehn Minuten lang nichts geschah, die Prügeleien immer massiver wurden, drang der EXTRA-Reporter noch einmal mit Presseausweis zum Podest vor, berichtete dort einem Polizeioffizier von den Vorfällen und verlangte sofortiges Einschreiten. Der Offizier holte daraufhin Polizei-Vizepräsident Prill und Schutzpolizei-Kommandeur Werner von der Rathaus-Treppe herunter. In einem "Einsatzgespräch" meinte Prill, daß man da wahrscheinlich wirklich was tun müsse. Werner empfahl, die APO-Leute abzu-drängen. Ein anderer Polizei-Offizier: "Ganz klar, die Roten müssen weg!" Kurz darauf, unmittelbar vor Kundgebungsschluß, erfolgte dann der Polizeieinsatz. Tatsächlich ging man, wie besprochen, lediglich gegen die APO-Demonstranten vor und drängte sie schließlich ab. Sie wurden von wütenden Sprechchören verfolgt: "Lieber tot als rot" und "Hängt diese Schweine auf". Wie sagte Schütz doch so schön, als vor seinen Augen Prügel-Szenen im vollsten Gange waren: "Macht endlich Schluß mit der Gewalt!"

EXTRA-DOKUMENTATION

APO: BRIEF AN DIE PARTEIEN DER INTERVENTIONS-STAATEN

Verbände und Organisationen der Westberliner Außerparlamentarischen Opposition haben unmittelbar nachdem Bekanntwerden der Intervention der UdSSR, der DDR, Volkspolen und der Volksrepublik Ungarn und Bulgarien einen Offenen Brief an die Zentralkomitees der Parteien der fünf Interventionsstaaten gesandt. Unterzeichnet ist der Brief von den Studentenvertretungen der FU, der TU und der Kirchlichen Hochschule, vom SDS und SHB, vom Republikanischen Club und vom Westberliner Landesverband der "Falken". Der Wortlaut:

"Der Einmarsch der Truppen von 5 Staaten des Warschauer Paktes in die Sozialistische Tschechoslowakische Republik zeigt mit erdrückender Offenheit, wie diese Staaten den proletarischen Internationalismus verstehen. Weder der Vernichtungskrieg der US-amerikanischen Imperialisten gegen die revolutionäre Bewegung in Südvietnam, noch die Terrorangriffe der US-Luftwaffe gegen das sozialistische Nordvietnam haben es vermocht, die Streitkräfte des Warschauer Paktes in Marsch zu setzen oder auch nur eine Interventionsdrohung hervorzurufen.

Dagegen haben fadenscheinige Gründe gereicht, um in die CSSR einzumarschieren. Nicht einmal nach den offiziellen Erklärungen der intervenierenden Staaten drohte ein Rechts-Putsch in der CSSR, der allein ein militärisches Vorgehen gerechtfertigt hätte.

Nach dem Bruch mit dem stalinistischen Novotny-Regime ist die Entwicklung in der CSSR mit ihren bürgerlichen Erscheinungsformen nur als Reaktion auf die bürokratische Erstarrung in allen gesellschaftlichen Bereichen wie auch in der Partei selbst zu begreifen. Objektiv bestand die Möglichkeit, daß sich in dieser Phase die Tendenzen zur Selbstbestimmung der Arbeiterklasse entfalteten und so eine neue Stufe der sozialistischen Entwicklung erreicht wurde.

Mit der Intervention haben die fünf intervenierenden Staaten, gestützt auf die mögliche Gefahr eines friedlichen Rückfalls in den Kapitalismus, alle Chancen für eine wirklich kommunistische Entwicklung abgeschnitten.

Die militärische Intervention hat den Kräften des proletarischen Internationalismus erneut gezeigt, wie notwendig ihr Kampf gegen jede Form bürokratischer Herrschaft in den verschiedenen Gesellschaftssystemen ist.

Es lebe die sozialistische Weltrevolution!!!"

ANARCHO-SYNDIKALISTEN: GEGEN DIE HEUCHELEI DES ESTABLISHMENTS

Das "anarcho-syndikalistische Kollektiv" in Westberlin verteilte beim Senats-Demonstrationszug am Rathaus Schöneberg ein Flugblatt, dessen Inhalt EXTRA-Dienst nachstehend dokumentiert. Einige der Flugblattverteiler wurden tätlich angegriffen und geschlagen. Das Flugblatt:

"Berliner! Sie wollen hier gegen die Besetzung der CSSR protestieren. Aber wer hat zu dieser Demonstration aufgerufen, wer maßt sich an, hier zu sprechen? Eine CDU, die oppositionelle Minderheiten mit Polizeigewalt unterdrücken will; die für ein verfassungs-

widriges Demonstrationsverbot eintritt; die gemeinsam mit der Springer-Presse die politische Situation Berlins vertuscht und so Ansätze zur Demokratisierung bei uns zu unterdrücken sucht. Eine SPD, die für Berlin nur noch ihre 3. Garnitur übrig hat; die sich in erschreckender Weise der antidemokratischen Politik der CDU angepaßt hat; die ihre Macht in Berlin zur Aufrechterhaltung autoritärer Herrschaftsverhältnisse ausnützt. Diese Parteien, die heute gegen die Besetzung der CSSR protestieren, tragen bewußt zum Abbau der Demokratie in ihrem Machtbereich bei (Notstandsgesetze, Wahlrechtsreform), und weigern sich, eindeutig gegen den Völkermord der Amerikaner Stellung zu beziehen.

Was tun: Nicht mit denen protestieren, die im eigenen Land Vietnam-Demonstranten verprügeln lassen, sondern 1) im Inneren gegen diese Parteien eine demokratische Erneuerung durchsetzen; 2) nach außen durch eine reale Entspannungspolitik (Nichtigkeitsklärung des Münchner Abkommens von Anfang an) die Voraussetzungen für eine freiheitliche Entwicklung auch in der CSSR ermöglichen."

NIELS KADRITZKE: TRENNUNG VON EINER ILLUSION

Das Mitglied des SHB, Niels Kadritzke, hielt bei der Solidaritätskundgebung der Außerparlamentarischen Opposition vor der Westberliner Militärmission der CSSR folgende Ansprache:

"Wir haben uns heute von einer Illusion zu trennen und gleichzeitig den Rückfall in politische Resignation zu vermeiden. Die Illusion heißt Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, deren revolutionäre Geburt uns noch heute als Zeichen des Aufstandes gegen die reaktionären Kräfte in aller Welt und für die Freiheit der Unterdrückten gilt. Das Beispiel der CSSR fordert uns heute auf, die Tradition des sozialistischen Internationalismus in der Sowjetunion als für lange Zeit beendet zu erkennen. Diese Tradition ist heute nur noch leere Phrase. Sie dient dazu, den Herrschaftsanspruch sowjetischer Politbürokratie über die sozialistischen Reformkräfte in ihrem Machtbereich mit allen Mitteln zu befestigen. Die sowjetische Macht unterdrückt heute den keineswegs widerspruchsfreien Reformkurs der Prager Genossen mit der Überlegenheit ihres militärischen Apparates. Stillschweigend hat sie sich mit der imperialistischen Führung der USA über die gegenseitigen Einflußsphären in Europa und in der Dritten Welt geeinigt. Dieselbe Sowjetunion, die heute ihr Eingreifen in der CSSR mit der Tradition sozialistischer Solidarität begründen will, dieselbe Sowjetunion verweigert seit Jahren dem vietnamesischen Volk in seinem Freiheitskampf die notwendige internationale Entlastung. Mit nahezu letzter Gewißheit stehen wir heute vor der Tatsache, daß die in Vietnam so wenig internationalistisch handelnde Sowjetunion sich den Genossen in der CSSR als Retter der entscheidenden sozialistischen Prinzipien aufspielt, die sie schon längst nicht mehr selbst erfüllt. Sie unterdrückt die ersten emanzipatorischen und tastenden Schritte unserer tschechoslowakischen Genossen, die eben aus dem Schatten der stalinistischen Vergangenheit herauszutreten beginnen.

Als Verrat an dem politischen Kampf aller europäischen Sozialisten müssen wir es insbesondere empfinden, daß die Eindringlinge des Warschauer Paktes 'bürgerliche Tendenzen' zur Rechtfertigung ihrer Intervention nehmen. Sicher sind diese Tendenzen aufgetreten. Aber diese bürgerlichen und nationalistischen Erscheinungen waren Restbestände jener Ideologie, deren endgültige Beseitigung das stalinistische Novotny-Regime verhindert hatte. Diese Tendenzen sind heute nur das direkte Ergebnis der bürokratisch-kriminellen Vergangenheit jener tschechoslowakischen Altbürokraten, die heute die militärische Macht der SU zu Hilfe gerufen haben. Die gefährlichen Elemente des Prager Reformkurses, das ist unsere feste Überzeugung, hätten so öffentlich wie möglich diskutiert, nur so demokratisch wie möglich überwunden werden können. Genau diesen notwendigen Prozeß der Selbstaufklärung in den arbeitenden Massen haben die sogenannten Bruderländer unter fadenscheinigen Begründungen militärisch verhindert, um ihre bürokratische Kontrolle über alle sozialistischen Entwicklungen zu befestigen.

Genossinnen und Genossen, die 3. Internationale ist tot. Für uns in den Ländern des Westens und in Berlin gilt es, keine politische Resignation aufkommen zu lassen. Nur auf den allerersten, oberflächlichen Blick scheinen wir mit unserer Demonstration zwischen

den Stühlen der Mächtigen zu sitzen. Nur auf den ersten Blick sind wir isoliert. Gewiß, der Überfall auf die CSSR hat Schaden auch für unsere Arbeit angerichtet. Aber das kann uns nicht dazu bringen, in linker Resignation in die Schadenfreude eines Matthias Walden und seinesgleichen miteinzustimmen. Dieser Mann steht in seinem geheutelten formal-demokratischen Bedauern für alle diejenigen, die in weithin ausgestrahlten Rundfunkkommentaren die Tschechoslowaken aufforderten, nicht bei der Demokratisierung ihrer sozialistischen Lebensbereiche stehenzubleiben, sondern das anzustreben, was hierzulande als westliche Demokratie gefeiert wird. Die heute vor dem Schöneberger Zentrum der Regierungsbürokratie mit den christlich- und sozial- und freidemokratischen Regierenden demonstrieren, demonstrieren in scheinbarer Freiheit nur ihre Abhängigkeit von den Idealen westlicher Demokratie und kapitalistischen Profits, die in der Realität zu Vietnam geführt haben.

Wenn wir heute und in Zukunft für die Emanzipation der Menschen in Vietnam und der CSSR demonstrieren, so sind wir vielleicht eine Minderheit. Aber die Niederlage der Prager Reformer ist für uns Zeichen und Appell, unsererseits die politische Befreiung von den herrschenden Kräften im politischen Westen zu erkämpfen und unseren Zielen näherzukommen.

Im Abschied von außenpolitischen Illusionen haben wir unsere verändernde Kraft nun erst recht zu beweisen. Es leben die Prager Sozialisten, die heute auf dem Wenzelsplatz ihre politischen Kampf in dem Ruf artikuliert haben: Amis raus aus Vietnam, Sowjets raus aus Prag!"

KLAUS MESCHKAT: WIR MÜSSEN UNSEREN EIGENEN WEG GEHEN

Der ehemalige Vorsitzende des Republikanischen Clubs, Klaus Meschkat, sprach auf der Kundgebung vor der CSSR-Militärmission. Er stellte uns eine redigierte und erweiterte Fassung seines Manuskriptes zur Verfügung, die wir im Wortlaut dokumentieren:

"Kein Sozialist, kein Revolutionär wird grundlos und leichtfertig die Führung eines Landes angreifen, das vor fünfzig Jahren zum ersten Mal die Kette des Imperialismus gesprengt hat. Niemand von uns wird einstimmen in Haßtiraden gegen die Truppen einer Armee, der die Länder Europas, der wir die Befreiung vom Faschismus verdanken. Es wäre auch absurd, wenn ein Vertreter des proletarischen Internationalismus einen Staat allein deshalb verurteilen würde, weil ihm die Entwicklung in anderen Ländern nicht gleichgültig ist. Die ständige Einmischung der kapitalistischen Hauptmächte, ihre geschickte Form der Intervention haben in den letzten Jahren die Fortschritte der Konterrevolution in Indonesien, Ghana und Griechenland möglich gemacht. Wir billigen der Sowjetunion jedes Recht zu, der realen Konterrevolution entgegenzutreten. Wir haben von ihr verlangt, daß sie eindeutig erklärt, ein Krieg zwischen den USA und China werde sie auf Seiten der chinesischen Volksrepublik finden - eine solche Erklärung liegt bis heute nicht vor. Wir haben die Sowjetunion gerade wegen ihrer opportunistischen Nichteinmischung in Vietnam angegriffen: weil sie dem Angriff der USA auf das verbündete Nordvietnam nicht rechtzeitig und nicht mit allen verfügbaren Mitteln entgegengetreten ist, weil sie die kämpfenden Vietnamesen nicht von Anfang an mit dem modernsten Kriegsgewehr unterstützt hat. Das heißt aber, das bloße Prinzip der Nichteinmischung, der staatlichen Souveränität, der Unantastbarkeit der Grenzen, jener Fetisch staatlicher Eigenständigkeit, der sich auch im Anerkennungstrauma der DDR-Führung zeigt - dies alles kann für uns nicht der Grund sein, warum wir das Vorgehen der Truppen der 5 Mächte des Warschauer Paktes vorbehaltlos verurteilen.

Wir verurteilen diesen Akt sowjetischer Politik, weil die innere Entwicklung in der CSSR auch nicht den Schein einer Rechtfertigung der Besetzung dieses Landes durch fremde Truppen liefert. Man kann darüber streiten, ob ein bevorstehender Austritt der Tschechoslowakei aus dem Warschauer Pakt, ob eine Lösung aus dem Wirtschaftsraum des RGW ein Eingreifen machtpolitisch geboten erscheinen ließen. Aber selbst in den offiziellen Erklärungen, die den Truppeneinmarsch begründen sollen, ist von solcher Gefahr ernsthaft nicht die Rede. Es handelt sich also nicht einmal, wie seinerzeit in Ungarn, um die Wahrnehmung eines Großmachtinteresses, darum, einem möglichen Zerfall des osteuropäischen Paktsystems vorzubeugen. (Auch dann besteht natürlich für Sozialisten

kein zwingender Grund, sich mit einem solchen Großmachtinteresse einfach zu identifizieren.) Auch von einer unmittelbar drohenden faschistischen Machtergreifung konnte keine Rede sein. Bezeichnenderweise beziehen sich die konkretesten Angriffspunkte auf die Innenpolitik der CSSR, z. B. darauf, daß sich die tschechische KP-Führung nicht dazu verstanden hat, die Artikulation abweichender Meinungen in der Presse zu verhindern - mit anderen Worten, die bewährte Zensur wieder einzuführen.

Wir müssen der bitteren Tatsache ins Gesicht sehen, daß die Erben der Partei Lenins, als sie die Truppen in Marsch setzten, kaum etwas anderes verteidigt haben als die privilegierte Stellung einer Bürokratie, die ohne Not ein System der Reglementierung und Disziplinierung mündig werdender Massen aufrecht erhält. Was diese Bürokratie empfindlich trifft, ist nicht etwa die Einführung "kapitalistischer" Verhaltensweisen im Wirtschaftsleben - denn die praktiziert sie selber. Was sie nicht ertragen kann, ist die Tatsache, daß von ihr unkontrollierte Gruppen in der Bevölkerung, unter den Arbeitern, Technikern, Intellektuellen beginnen, ihre Interessen und ihre Auffassungen ohne Sprachregelung zu artikulieren.

Wen kann es nach Jahren stalinistischer Isolation wundern, daß in einer solchen Phase der Lockerung von Kontrolle große Teile der Bevölkerung, darunter auch der Intelligenz, zunächst einmal eine unkritische Begeisterung für den Westen, für parlamentarische Demokratie, für liberale Freiheitsrechte entwickeln - wenn in der Presse Stimmen laut werden, die tatsächlich eher den Einfluß bürgerlicher Ideologie als die Wendung zur sozialistischen Demokratie zum Ausdruck bringen?

Jeder, der jemals ein beliebiges osteuropäisches Land besucht hat, weiß, wie trotz der Änderung der Eigentumsverhältnisse chauvinistische Vorurteile und bürgerliche Verhaltensweisen im Privatleben die Mentalität der Bevölkerung in allen Schichten, gerade auch der Kreise der Partei- und Staatsbürokratie, prägen. Die Frage ist nur, wie dies zu überwinden ist. Gewiß nicht durch ausländische Okkupation und ein aufgezwungenes Regime, viel eher dadurch, daß konsequente Kommunisten ihre besseren Argumente in einer offenen, harten Auseinandersetzung ins Spiel bringen und so auf eine Bewußtseinsänderung hinwirken, die sich sonst vor allem an der Oberfläche, hauptsächlich in den Verlautbarungen offizieller Propaganda vollzogen hat.

Auch wenn man als linker Sozialist längst nicht alle Maßnahmen der Dubcek-Führung befürworten kann, muß man anerkennen, daß sie eine solche Diskussion möglich gemacht hat. Linke Kräfte hätten auf lange Sicht eine Chance gehabt, sich durchzusetzen. Dieser Prozeß ist durch die bewaffnete Intervention unterbrochen worden - mit unabsehbaren Folgen. Die Möglichkeit, daß sich im Kampf der Meinungen die Vertreter des proletarischen Internationalismus behaupten, ist durch diejenigen verspielt worden, die schon in Sofia bei den Weltjugendfestspielen gezeigt haben, wie sehr sie eine echte Auseinandersetzung fürchten.

Die Ereignisse in der Tschechoslowakei werden die neu erstarkende Linke in Westeuropa vor schwierige Aufgaben stellen. Unmittelbar werden die reaktionärsten Propagandisten des Kalten Krieges Auftrieb erhalten. Langfristig wird ein Differenzierungsprozeß beschleunigt, der schon durch das Versagen der französischen KP eingeleitet worden ist. Die antikapitalistische und antiautoritäre Bewegung hat erkennen müssen, daß eine Orientierung an einem dogmatisierten "Marxismus-Leninismus" unmöglich und unter Umständen selbstmörderisch ist. Jetzt zeigt sich, daß eine imaginäre Bündnispolitik, die Fixierung am parlamentarischen Mechanismus (KPF) einerseits, das militärische Eingreifen zur Lösung politischer Probleme andererseits nur zwei Seiten derselben Medaille sind: beides entspricht den Denkschablonen und Verhaltensmustern einer Bürokratie, die ihren Führungsanspruch verwirklicht hat. Die Reaktion vieler kommunistischer Genossen zeigt erfreulicherweise, daß auch sie begonnen haben, sich von Illusionen zu verabschieden.

Die revolutionären Marxisten werden ihren eigenen Weg gehen müssen. Nicht etwa jenen merkwürdigen "Dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus, der nach kleinbürgerlichem Rezept die Vorzüge beider Systeme vereinigen will, und den sozialdemokratischen Illusionspolitiker unter der Marke "demokratischer Sozialismus" anpreisen. Wenn wir die rote Fahne tragen, melden wir trotz unserer Schwäche den Anspruch an, die legitimen Erben der revolutionären Arbeiterbewegung zu sein und den Emanzipationskampf im internationalen Maßstab fortzusetzen. Vielleicht sind wir dieser Aufgabe nicht gewachsen - aber sicher wird sie uns niemand abnehmen.

TEACH-IN IN DER TU: AUSZÜGE AUS DER CSSR-DEBATTE

Im Auditorium maximum der Westberliner TU veranstalteten die Studentenvertretungen und andere Verbände der Außerparlamentarischen Opposition am Mittwochnachmittag ein Teach-in, von dem wir wesentliche Auszüge einer Tonbandaufzeichnung veröffentlichen: SEMLER: Kommilitonen und Genossen, der Kampf gegen den Stalinismus in der Außenpolitik, der in Wirklichkeit ein Opportunismus ist, der die Stabilisierung des stärksten Gliedes innerhalb des sozialistischen Herrschaftsgebietes im Sinn hat, hat in Berlin selbst eine Tradition. Wir hatten am Vorabend des 2. Juni vor der Tschechoslowakischen Militärmission demonstriert gegen Novotny und dessen Politik gegenüber dem Schah, globaler gesprochen: die Politik der sozialistischen Staaten gegenüber den Emanzipationsbewegungen in der Dritten Welt. Wir wissen sehr wohl, daß die Novotny-Regierung mit ihren scheinheiligen Phrasen mit den Unterdrückungsinstanzen der Dritten Welt zusammengearbeitet hat. Wir hatten an diesem Vorabend des 2. Juni eine Gedenkminute für Rudolf Slansky eingelegt - viele von uns wußten damals noch gar nicht, wer das überhaupt war -; später hat es sich dann herausgestellt, daß die Triebfeder zur Beseitigung des stalinistischen Terrors in der Tschechoslowakei eine der stärksten progressiven Triebfedern in diesem Lande war. Wir müssen jetzt zusehen, daß wir die Entwicklung in der Tschechoslowakei begreifen als eine widersprüchliche. Daß wir einerseits sehen, daß die Regierung Dubcek sowohl in ihren ökonomischen Reformbestrebungen als auch in ihrer Außenpolitik objektiv die Möglichkeit bot, eine linke Position innerhalb der Tschechoslowakei aufzubauen. Aber wir müssen auch auf Widersprüche hinweisen, die sich in der beabsichtigten Konstruktion der tschechoslowakischen Betriebe und in der Neukonstruktion der Nationalökonomie abzeichnen. Wir müssen auch noch einmal nachprüfen, wo die Hebel zu einer kulturevolutionären und linken Entwicklung in der Tschechoslowakei tatsächlich vorhanden gewesen wären und auch noch vorhanden sind. Wir müssen dahin kommen, daß wir eine klar formulierte Alternative sowohl zum Stalinismus wie auch zu den Möglichkeiten einer spontanen Rückkehr zum Kapitalismus haben.

STROTHMANN: Ich wollte einiges sagen zur Begründung, warum wir der Meinung sind, daß die Tschechoslowakei zwar eine notwendige Liberalisierungsphase durchgemacht hat, aber im Laufe dieser Liberalisierungsphase einige bürgerliche Elemente zum Vorschein gekommen sind, die der Aufgabe einiger sozialistischer Errungenschaften gleichkommen. Natürlich geht es im Augenblick darum und vor allem darum, die Liberalisierung selbst zu verteidigen. Aber ich glaube, daß dieses Teach-in und die nachfolgende Demonstration nicht irgendwelche abstrakten Verurteilungen der Sowjetunion darstellen können sondern daß wir uns fragen, welches ist der Charakter der Entwicklung in der CSSR und welche Entwicklung können wir befürworten und welche nicht. Die Entwicklung ab Januar 1968 hatte ein langes Vorspiel; eine ihrer Hauptursachen war die ökonomische Malaise der Tschechoslowakei. Es gab in den Jahren 1964 und 1965 in der CSSR negative Wachstumsraten, zum ersten Mal in einem sozialistischen Land, und es gab auch in folgenden Jahren nur Wachstumsraten von ein bis zwei Prozent. Das ist für ein sozialistisches Land sehr wenig. Es zeigte sich, daß die Tschechoslowakei falsche ökonomische Politik getrieben hatte, und daß sie diese ökonomische Politik revidieren mußte. Wie sind diese Reformen der Wirtschaft in der CSSR vonstatten gegangen? Dazu einige Beispiele. Zum ersten: Schon vor dem Januar-Plenum und erst recht später wurde in den Betrieben eine radikale Differenzierung aller Löhne und Gehälter durchgeführt. Das heißt, daß die soziale Kraft, die die ganze Entwicklung in der Tschechoslowakei getragen hat, nicht die Arbeiterklasse war, sondern daß es die Klasse der Technokraten und der Intellektuellen war; daß im Lauf dieser Entwicklung sich tatsächlich die Technokraten mit der Differenzierung der Löhne und der Einführung von Marktmechanismen in die sozialistische Wirtschaft die größten Profite oder Privilegien zuschanzen wollten. Es war aber immer das Ziel der sozialistischen Revolution, daß die Lasten des Aufbaus, die Lasten der Arbeit einer Gesellschaft gerecht verteilt werden. Wenn jetzt durch diese radikale Differenzierung der Löhne wieder eine reaktionäre Umverteilung der Lasten zugunsten der privilegierten Schichten der Technokraten vorgenommen wird, so ist das zumindest eine sehr

bedenkliche Erscheinung. Zum zweiten: Es hat in der Tschechoslowakei eine Wiederzulassung des privaten Hausbesitzes und damit die Wiederzulassung des Privateigentums gegeben. Damit werden kapitalistische Elemente in eine sozialistische Wirtschaft eingeführt. Das bedeutet noch nicht, jetzt noch nicht, daß das ein bourgeoiser, ein kapitalistischer Umsturz ist, aber es ist meiner Ansicht nach der erste Schritt dazu, das Profitmotiv und das Privateigentum sowohl als Faktum als auch als Ideologie in eine sozialistische Gesellschaft wieder einzuführen. Das dritte ist die Wiedereinführung der Marktmechanismen in der Tschechoslowakei. Man kann darüber verschiedener Meinung sein. Auf jeden Fall ist zu konstatieren, daß mit dieser Wiedereinführung eine Menge an Dezentralisierung, eine Delegierung von willkürlicher Entscheidungsmacht an die unteren Ebenen verbunden ist. Gleichzeitig aber ist mit dieser Wiedereinführung auch ein Betriebsegoismus der einzelnen Betriebe verbunden, so daß also das Ziel der sozialistischen Gesellschaft, die Konkurrenz aller gegen alle zu beseitigen, in der Tschechoslowakei durch diese Wiedereinführung der Marktmechanismen gefährdet ist. Und viertens: Die Tschechoslowakei hat sich mit mehr oder weniger Erfolg darum bemüht, bei den kapitalistischen Ländern Anleihen für ihre Wirtschaft zu bekommen. Dabei besteht zumindest eine große Gefahr, daß die CSSR durch diese Anleihen in Abhängigkeit von dem internationalen Währungsfonds gerät. Fünftens haben wir festgestellt, daß mit der Aufhebung der Pressezensur und der Einführung der Pressefreiheit, die ja ein unbedingt notwendiges Element der sozialistischen Demokratie ist, in der Tschechoslowakei ein Monopol von bürgerlichen Intellektuellen in der tschechoslowakischen Presse zu beobachten war. In der CSSR ist in keinem einzigen Organ seit Wochen eine konsequente linke Politik vertreten worden, es ist kein einziges Mal zum Beispiel die Politik der Chinesen objektiv dargestellt worden. Ich spreche damit nicht für eine Wiedereinführung der Pressezensur, sondern ich sage nur, daß es notwendig wäre, in der sozialistischen Presse auch alle sozialistischen Fraktionen zu Worte kommen zu lassen, so daß es einen wirklichen Dialog geben kann. Bisher konnten wir nicht beobachten, daß das der Fall war.

SEMLER: Genossinnen und Genossen, ich möchte vorschlagen, daß sich diejenigen, die hier dauernd Zwischenrufe machen und sich heuchlerisch mit Genossen Dubcek identifizieren, hier darüber erklären, was sie dazu beigetragen haben, daß der sozialistische Kurs der CSSR tatsächlich stabilisiert wird. Im Gegensatz zum SDS und den anderen linken Organisationen, die seit Monaten an der Stabilisierung dieses demokratischen Kurses mitwirken. Diese Heuchler! In Wirklichkeit hüpfen ihnen das Herz vor Freude über die Intervention der sowjetischen Armee.

STROTHMANN: Ich habe noch einen letzten Punkt. Und zwar kann man beobachten, daß der Prozeß der Liberalisierung der Tschechoslowakei bisher ausschließlich und allein den politischen Bereich umfaßt und daß er nicht fortgeschritten ist bis zum gesellschaftlichen Bereich. Damit meine ich: Es gab in der CSSR eine Aufhebung der Pressezensur, es gab einen Abbau der willkürlichen Parteibürokratie, aber was es nicht gab, ist, daß diese Liberalisierung auf den gesamten wirtschaftlichen Bereich übergriff. Es gibt dort keine radikale Demokratisierung der Wirtschaft und damit keine Räte-demokratie. Diese ganze Kritik - und nun möchte ich nicht falsch verstanden werden - ist eine linke Kritik, links von Moskau. Sie richtet sich ebenso gegen Moskau wie gegen Entartungserscheinungen in Prag. Es dürfte ganz klar sein, daß derjenige, der am wenigsten Recht zu einer Intervention in der CSSR hat, die Sowjetunion ist, weil sie nämlich die ganze alte Scheiße selbst in ihrem eigenen Land haben, die die Tschechoslowaken gerade beseitigt haben.

HOFFMANN: Ich bin nicht der Meinung des Genossen, der hier sagte, heuchlerisch würden sich andere Kräfte mit Dubcek verbrüdern. Ich komme aus dem anderen Teil dieser Stadt und habe diesen Teil unter Lebensgefahr verlassen, und für mich war, weil ich die Situation drüben kenne, Dubcek ein Held und ist ein Held. Ich bin auch nicht der Meinung, daß die Arbeit des SDS besonders in Sofia dem Liberalisierungsprozeß besonders geholfen hat.

REINHARD WOLFF: Ich bin etwas verwundert über diesen Beitrag. Gestattet mir als einem derjenigen, die in Sofia gewesen sind, eine Bemerkung: Während eine Gruppe des SDS und andere Genossen aus der Bundesrepublik, unterstützt von italienischen, norwe-

gischen und schwedischen Genossen und einigen britischen Genossen, den Kampf auch auf dem Festival führten gegen den sowjetischen Revisionismus, saßen Bundesrepublikaner, CDU-Mitglieder, die hier in der Bundesrepublik den Kapitalismus verteidigen, ruhig in den Foren, machten nichts, ließen uns die Auseinandersetzungen führen, begeisterten sich aber auf der Empore abstrakt für Dubcek. Diesen Differenzierungsprozeß sollten wir hier malklar herausarbeiten; die Dubcek-Begeisterung der Springer-Presse nämlich einerseits, die für die Repression hier in unserem Lande entscheidend steht, die Begeisterung selbst von CDU-Bürgerschaftsabgeordneten in Sofia ganz abstrakt für die Entwicklung in der CSSR - andererseits aber die konkrete Auseinandersetzung, die in Sofia gegen die Entwicklung der sowjetischen Politik geführt worden ist, gegen die zentralistisch-bürokratisch-autoritär organisierten Parteien in diesen Ländern.

BERNHARD: Wir sind doch alle hier zusammengekommen, um in irgendeiner Form gegen die Ereignisse in der Tschechoslowakei zu demonstrieren. Ich glaube, es ist nicht nötig, daß wir uns über die älteren Vorgänge in der CSSR noch informieren. Überall in jedem Staat regiert doch eine Clique.

HUFFSCHMID: Es dürfte wohl klar geworden sein, daß dieses Teach-in hier nicht das Wohlrabe-Teach-in ist und daß wir nicht gewillt sind, die Ereignisse in der CSSR von rechts zu kritisieren. Darum ist es so, daß wir die Informationen über die früheren Ereignisse, die mein Vorredner genannt hat, etwas genauer untersuchen müssen. Und d(stellt sich genau das Problem, daß auch wir mit einigen Entwicklungen in der CSSR nicht ganz einverstanden sind und einige Bedenken der anderen sozialistischen Länder durchaus teilen. Wir wissen, daß einige bürgerliche Gruppen in der CSSR ein Pluralismus-Konzept vertreten, mit dem wir in Westberlin die allerschlimmsten Erfahrungen gemacht haben. Und es ist uns auch unverständlich, wie es von einer Gruppe in der CSSR diskutiert worden ist, Teile der Wirtschaft zu reprivatisieren und damit einem Mechanismus zu unterwerfen, den wir gerade hier von links dauernd kritisieren. Das ist die eine Seite. Auf der anderen Seite müssen wir aber doch auch feststellen, daß alle diese Kritikpunkte doch keine konterrevolutionäre Situation bedingen, wie es die Erklärung der fünf Warschauer Staaten beinhaltet. Die genannten Gruppen sind zweifellos konterrevolutionär, aber ihre Existenz stellt keine konterrevolutionäre Situation dar. Diese Situation ist erst dann gegeben, wenn eine unmittelbare Gefahr eines Putsches von rechts besteht, und diese Situation hat zweifellos nicht bestanden.

ZWISCHENRUF: Ist die Intervention jetzt also gerechtfertigt?

HUFFSCHMID: Nein, das ist sie gerade nicht. Das wird auch von uns als ausgesprochen konterrevolutionär bezeichnet. Revolutionär wäre es, die sozialistische Revolution, die jetzt angefangen hat, weiterzuführen im Sinne einer echten Selbstverwaltung, im Sinne eines Abbaus der bürokratischen Apparate, der Autoritätsstrukturen, im Sinne einer Selbstverwaltung und Selbstbestimmung der Betriebe. Dies alles hätte in der CSSR passieren können, und es wird vielleicht noch passieren. Aber in der Sowjetunion ist man offensichtlich nicht bereit, dies als einen Fortschritt im Sozialismus anzuerkennen. Deshalb ist der Einmarsch in diesem Augenblick konterrevolutionär.

VIETEN: Kommilitoninnen und Kommilitonen, meine Damen und Herren, ich bin eigentlich enttäuscht, daß man hier in einer solchen Situation anfängt, über Kleinigkeiten zu streiten, über eine stärkere Lohndifferenzierung, wie wir sie z. B. auch in Jugoslawien haben, oder ob man kleine Gewerbebetriebe auch in einem sozialistischen Staat privatisieren kann, ohne daß Machtanhäufung erfolgt, oder ob ein Land in Unfreiheit gerät, wenn es unter Umständen Kredite westlicher Staaten annimmt. (...) Für solche Gespräche wäre eine andere Zeit sehr viel angemessener. Ich meine, es wäre notwendig, darüber zu diskutieren, aus welchem Selbstverständnis heraus sozialistische Staaten längst den Anspruch verloren haben, sich sozialistisch zu nennen. Zu prüfen, aus welchem Selbstverständnis heraus hier gegen ein Land vorgegangen wird, das gezeigt hat, daß es den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung geht, der auch jenen, die in den westlichen Staaten bisher dem Sozialismus sehr negativ gegenüberstanden, Hoffnung gegeben hat auf eine gesellschaftliche Veränderung in den westeuropäischen Staaten. Es ist hier, auf diesem Teach-in, noch nicht in dieser Deutlichkeit von Vertretern des SDS gesagt

worden, aber heute morgen in einem kleinen Kreis ist es diskutiert worden, daß man es ablehnt, mit Leuten wie Ristock und Albertz gemeinsam eine Demonstration gegen das Vorgehen der Sowjetunion zu machen. Der SDS sagt: Mit diesen Leuten können wir nicht gemeinsam unsere Vorstellungen diskutieren. Ich halte das für politisches Sektierertum. Das sage ich an die Adresse des SDS. Wir sollten einsehen, daß wir eine Veränderung der Gesellschaft, eine Veränderung, die auf eine möglichst hohe Freiheit des Individuums zielt, eine Veränderung der Wirtschaftsordnung, für die ich auch plädiere, eine Veränderung, die wirklich zur Befreiung des Menschen führt, nur dann erreichen können, wenn wir auch die Kräfte in den westeuropäischen Ländern unterstützen und mit ihnen zusammenarbeiten, die bis heute in der Praxis der kommunistischen Staaten nicht das Allheilmittel sehen. Wir sollten die Möglichkeit sehen, daß wir mit einer Neubestimmung des Sozialismus weiterkommen können. Und hier glaube ich, haben Sie mehr Verbündete, als Sie jetzt in Ihrer Kleinkariertheit sehen.

LEFEVRE: Man wirft also dem SDS vor, angesichts gravierender Ereignisse kleinkarierte, wie es Herr Vieten nennt, Verbandsinteressen zu machen. (...) Ich meine, daß die Kritiker am SDS sich artikulieren sollten, welchen Weg sie denn einschlagen würden, was ihr politisches Programm ist, um solche Situationen vermeiden zu können. Sollten sie uns sagen wollen, daß man eben den liberalen Staat als liberal-kapitalistischen Staat restaurieren müsse, dann meinen wir, sie sollten einmal die Geschichte ihres eigenen Staates in den letzten 50 Jahren studieren, um zu wissen, welche Katastrophen der liberale Staat aus sich hervorgebracht hat. Aber noch etwas anderes gilt es festzustellen: Daß nämlich heute nacht, und zwar endgültig, für immer auch nur der Anschein des Anspruches erloschen ist, als sei die sozialistische Bewegung auf dem Erdball an die Zukunft der Sowjetunion geknüpft. Wir müssen sehen, daß das Chancen eröffnet. Wer beobachtet hat, wie seit dreißig Jahren die sozialistischen Parteien Westeuropas durch diesen Führungsanspruch der Sowjetunion ganz grauenhaft gelähmt worden sind, wer nicht zuletzt die Ereignisse noch gut im Kopf hat, die sich in diesem Mai in Frankreich abgespielt haben, weiß, daß positive Entwicklungen nicht zuletzt dank der gut aus Moskau instruierten Kommunistischen Partei Frankreichs vereitelt worden sind, der wird begrüßen, daß wir jetzt wirklich ganz andere, fundamentale Chancen haben, endlich einmal den Sozialismus aus diesem grauen Fahrwasser herauszukriegen, ständig eine Sowjetunion verteidigen zu müssen, die man tatsächlich gar nicht mehr verteidigen kann.

RISTOCK: Ich möchte zu der Frage sprechen, ob man in einer Situation wie der heutigen anfangen kann, theoretische Debatten über das zu führen, was heute nacht gewaltsam beendet worden ist. (...) Rosa Luxemburg hat einmal die Frage gestellt: Kann man die Massen, die in revolutionäre Ereignisse hineingehen, allein lassen, oder kann man sich theoretisierend, kritisierend beiseite stellen und sagen, man hätte es besser gewußt. Gewiß: Einiges von dem, was in der Tschechoslowakei in den letzten Monaten vor sich gegangen ist, hätte vielleicht theoretisch, abstrakt besser gemacht werden können. Aber gegenüber dem, was Novotny vorher machte, war es ein riesengroßer, gesellschaftlicher Fortschritt, hinter den sich jeder Sozialist bedingungslos zu stellen hat. (...) In der Tschechoslowakei tauchte die Vision auf, das zu verbinden, was von vielen abstrakt und theoretisch angestrebt wird, nämlich die reale Mitbestimmung der Arbeiter in allen Bereichen. Selbst wenn zeitweise - wer sollte es anders tun? - einige Leute aus dem Management und einige aus der kommunistischen Partei selbst führend wurden, wenn ein Teil der Arbeiterschaft restriktiv war - verständlich nach zwanzig Jahren stalinistischer Mißwirtschaft! -, wenn danach ein Teil der kommunistischen Partei aufstand, dann finde ich das einmalig und großartig für Sozialisten in aller Welt. Ich bin der Meinung, wir haben voll - ohne jeden abstrakten theoretischen Vorbehalt - hinter den Männern, die vielleicht schon in den Zuchthäusern sitzen, zu stehen, heute, morgen, und übermorgen, und sie nicht zu vergessen. Wann reagieren Mächtige, wann reagieren Klassenherrscher, wann reagieren die, die die Macht haben, restriktiv, reaktionär, aggressiv? Immer dann und auch erst dann, wenn sie merken, daß das, was dort zu bekämpfen ist, ihnen selbst an den Hals geht. Es ist doch so, daß die autoritäre, bürokratische Funktionärschicht der Sowjetunion gemerkt hat, daß das Modell Tschechoslowakei den Sozialismus einleiten könnte und damit die Revolution über den ganzen Ostblock bringen könnte. Deshalb soll-

ten wir uns hier in diesen Fragen nicht in zersetzenden Abstraktionen verlieren. Natürlich sollen wir auch die Heuchler beiseiteschieben, die heute abend wieder ihre Krokodilstränen weinen werden - die sind verlogen, weil das, was Dubcek und die tschechoslowakischen Kommunisten wollten, der Versuch war, den Sozialismus zu realisieren, wie er Marx, Engels, Rosa Luxemburg vorschwebte als Selbstbestimmung der Menschen. Ganz sicher wären über diese Tschechoslowakei, wenn sie weiter geblieben wäre - und sie wird wiederkommen wie sie war, da bin ich Optimist, weil Sozialist - eines Tages die Reaktionäre des Westens hergefallen, vielleicht sehr bald schon, wie jetzt heute nacht sowjetische Reaktionäre und die ostdeutschen Kommunisten. (. . .)

NIELS KADRITZKE: Solidarisierung heißt Identifizierung, und wenn wir nicht analysiert haben, was dort ist, können wir uns nicht vorbehaltlos identifizieren. Ich möchte mich jetzt beschränken auf die etwas apodiktisch vorgetragenen Thesen von Herrn Strothmann und einige Fakten anführen, die dagegen sprechen, daß hier etwas vorschnell von restaurativen Erscheinungen in der CSSR gesprochen wird. Ich glaube, daß der Vorwurf, die Löhne würden differenziert oder seien spürbar differenziert worden, kaum zutrifft. Mir ist nichts dergleichen bekannt. Die Tatsache, daß etwa bestimmte Gewinne auf Betriebs-ebene einbehalten und verrechnet werden, sagt noch nicht, daß diese Gewinne nicht noch innerhalb der Betriebe egalitär verteilt werden, sagt noch nichts aus über eine Auseinanderentwicklung des Lohnniveaus. Zweitens würde ich meinen, daß die Anleihen bei den kapitalistischen Ländern, die Herr Strothmann den Tschechoslowaken vorwirft, oder die Bestrebungen dahin, doch nicht zu sehen sind ohne den Hintergrund, daß etwa die Sowjetunion sich bis jetzt geweigert hat, diese zwei Milliarden, die die CSSR ihr zurückzahlen hat, zu stunden und ihr damit die Möglichkeit zu den Investitionen in der Wirtschaft zu geben, die dort anstehen. Was die Pressefreiheit betrifft, so ist darauf hinzuweisen, daß allein die Tatsache, daß etwa die Entwicklung in China heute noch nicht angemessen dargestellt wird, nicht beweisen kann, daß hier bürgerliche Intellektuelle dominieren. Ich meine, das Kriterium, was ein bürgerlicher Intellektueller ist, bemißt sich heute nur nach der Stellungnahme zur Solidarität mit den Arbeitern. Natürlich ist die Diskussion in der Presse in der letzten Zeit in gewisser Weise auf die Rolle des eigenen Landes beschränkt gewesen, aber man hätte noch eine Weile zuwarten müssen bis zu der Behauptung, daß etwa die Probleme der Dritten Welt in der Presse der CSSR nicht angemessen berücksichtigt würden. Ich glaube, daß es in der Tschechoslowakei ein ganz hartes Kriterium dafür gibt, daß in den letzten Monaten keine restaurative Entwicklung vonstatten ging. Das Kriterium ist die ganz klare Ablehnung der Wiederzulassung einer sozialdemokratischen Partei. Ich hätte in dem Augenblick an der progressiven Entwicklung in der CSSR gezweifelt, wo man diesem Gedanken nähergetreten wäre. Da dies nicht geschehen ist, können wir doch einigermaßen sicher sein, daß hier eine sozialistische Entwicklung im Gange war und weitergelaufen wäre.

KRIPPENDORFF: Unsere Position besteht darin, daß wir einen Zweifrontenkrieg kämpfen müssen. Wenn wir eins verhindern müssen, dann, daß wir uns in die Situation manipulieren lassen: Wir kennen keine Parteien mehr, wir kennen nur noch Deutsche. Wir müssen vielmehr jetzt genau wieder Parteien erkennen. Ein zweites: Es wurde hier wiederholt auf Parallelen zwischen Vietnam und der Aktion in der CSSR hingewiesen. Wir müssen hier aber auch differenzieren. Wenn ich das richtig sehe, so gibt es eine innere Logik, die die Sowjetunion zu ihrer Intervention veranlaßt hat, genau wie eine sehr präzise Logik vorhanden ist in dem Völkermord der Amerikaner in Vietnam. In beiden Fällen haben konkrete Systeme aufgrund einer konkreten Logik ihrer Apparate und ihrer konkreten Interessen gehandelt. Aber was ist der Unterschied? Der Unterschied liegt darin, daß in Vietnam in der Tat die Herrschaftsschichten, das gesamte gesellschaftliche System der USA langfristig strategisch auf dem Spiel stehen; daß man sehr genau weiß, daß ein Verlust hier in Vietnam zu einer qualitativen Veränderung auch der amerikanischen Gesellschaft führen muß. Der Unterschied dazu scheint mir darin zu liegen, daß die Logik der sowjetischen Intervention die Logik eines Apparates ist, der um seine konkrete Herrschaft fürchtet, wobei es aber nicht um die qualitative Veränderung der sowjetischen, d. h. der sozialistisch sich entwickelnkönnenden Gesellschaftsordnung geht. Hier ist eine

Apparatlogik, aber keine qualitative gesellschaftliche Logik im Spiel, wemgleich man konzederen muß, daß beide in gleicher Weise mit einer gewissen Logik intervenieren. Insofernkommt es uns nicht darauf an, allgemein moralisch zu protestieren gegen Intervention an sich, sondern wir müssen diese Moral jedesmal wieder politisch konkretisieren, denn nur eine konkrete Politik hat ihrerseits den Anspruch, dann auch moralische Urteile fällen zu können.

MESCHKAT: Ich glaube, daß wir es uns abgewöhnen müssen - und ich glaube, auch diejenigen Genossen in der SED, die weiter mit uns zusammenzuarbeiten wünschen, sollten es sich abgewöhnen - zu vermuten, daß irgendeine tiefe und uns verborgene Weisheit hinter den jeweiligen Entscheidungen des ZK der KP der UdSSR steht. Jemand, der nicht versucht, aufgrund der jetzt vorhandenen Informationen sich ein politisches Bild zu machen, wie wir das ja auch in anderen Fällen tun, wenn nicht-sowjetische Interventionen infrage stehen, jemand der meint, er müsse in diesem Falle abwarten, dessen Vernunft hat abgedankt und der ist für mich, jedenfalls in der nächsten Zeit, auch kein Partner mehr für punktuelle Zusammenarbeit. Das zweite, was ich sagen möchte, betrifft den sogenannten demokratischen Sozialismus. Ich erinnere mich, daß es kürzlich bei einem internationalen Treffen eine Diskussion gab, auf der tschechische Vertreter ihren Standpunkt darlegten und sagten, sie wollten so etwas finden wie einen Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Einer der Vertreter Indonesiens, des jetzigen indonesischen Regimes, stand daraufhin auf und sagte: Das ist ja wunderbar, sowas versuchen wir im Moment auch mit unserer neuen Ordnung in Indonesien. Also, man muß sich auch hier vor bestimmten Solidarierungen hüten, und man muß ganz laut sagen: Eine Solidarisierung mit dem, was zum Beispiel die Herren Brandt, Schiller und Wilson unter demokratischem Sozialismus verstehen, mit dem, was zum Beispiel Dubcek versucht hat, empfinde ich für Dubcek als diskriminierend. Wir sollten auch der Argumentation von Harry Ristock nicht ganz folgen. Ich halte es auch für richtig, daß man sagt, es gibt für uns mit diesen Leuten, die an der Spitze der CSSR stehen, nur eine bedingungslose Solidarität. Da sind wir noch einig. Das heißt aber nicht, daß man alle Schritte ihrer vergangenen Politik nun unterschreibt und glaubt, sie haben im Interesse des tschechoslowakischen Volkes die einzig denkbare und richtige Politik betrieben, und daß man die dann noch mit seinem eigenen Sozialismusmodell identifiziert. Hier ist eine sehr viel diffizilere Analyse nötig. Es ist doch klar, daß es in einem Land, das eine so lange Periode stalinistischer Deformation mit noch viel ernsteren Begleiterscheinungen als zum Beispiel in der DDR hinter sich hat, unkritische Begeisterung für den Westen gibt, die erst einmal in einer Periode freier Diskussion überwunden werden muß, damit dann in sozialistischer Richtung weitergearbeitet werden kann. Viele Dinge waren in der Entwicklung der CSSR noch nicht ausgestanden. Aber eines ist sicher, und dazu müssen wir uns als Sozialisten bekennen: Daß diese Entwicklung tatsächlich aufgrund der inneren Auseinandersetzung in einem solchen Lande in freier Diskussion weitergetrieben werden muß.

CSSR-INVASION: BEGRÜNDUNGEN DER SED

Während die SED-Presse die Situation in der CSSR so darstellt, als habe die Invasion eine unmittelbar bevorstehende Konterrevolution abgewendet und jetzt daher Huldigungsbriefe und -adressen der einzelnen Kollektive an die Invasionsstaaten und -parteien abdruckt, werden die Ereignisse in Gesprächen mit informierten SED-Funktionären durchaus besorgt dargestellt. Die Invasion wird durchgehend verteidigt, eine mit Tatsachen untermauerte Erklärung dafür aber nicht gegeben. Fragen nach Beweisen über eine Einmischung imperialistischer Kräfte aus dem Westen können beispielsweise nicht beantwortet werden.

Man erkennt, daß ein erheblicher moralischer und politischer Prestigeverlust des etablierten sozialistischen Systems sowohl im In- wie im Ausland hingenommen werden muß. Darüberhinaus werden wirtschaftliche Folgen erwartet. Für die DDR käme hinzu, so heißt es, daß die durch das Ministergespräch Sölle-Schiller erwartete de-facto-Anerkennung der DDR auf unabsehbare Zeit vertagt werde. Es wird auch mit ideologischen Schwierigkeiten innerhalb der sozialistischen Staaten gerechnet.

Als Begründung für die Invasion und die Inkaufnahme aller Schwierigkeiten wird erklärt, daß die KPC ein in Bratislawa neben der offiziellen Erklärung beschlossenes Geheimabkommen gebrochen habe oder nicht in der Lage gewesen sei, es einzuhalten. In Bratislawa habe sich die KPC zu einem 5-Punkte-Programm bekannt, aber "offenbar verschwiegen, daß sie es nicht durchsetzen kann". Die Invasion sei erfolgt, weil die KPC nicht mehr die Führungsrolle im Staat spielen konnte, sondern "Spielball antisozialistischer Kräfte innerhalb und außerhalb der Partei" gewesen sei. Es ist bemerkenswert, daß überall nur drei Gründe für die Invasion zu diesem Zeitpunkt genannt wurden: In der letzten Woche habe der faktische Gründungskongreß einer Sozialdemokratischen Partei mit Billigung der KPC stattgefunden; das KP-Präsidium habe sich nicht vorbehaltlos gegen Angriffe auf moskautreue CSSR-Kommunisten gestellt; die Wiedererlangung der Kontrolle über die öffentliche Meinung sei der KPC nicht gelungen.

LEMMER AM RATHAUS: MACHT SCHLUSS MIT DEN BURSCHEN

Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers, Ernst Lemmer, rief bei der "Freiheitskundgebung" vor dem Rathaus Schöneberg am Mittwochabend zur Abrechnung mit der Außerparlamentarischen Opposition auf. Nach Ansicht namhafter Juristen stellen Passagen der Lemmer-Rede den Tatbestand der Volksverhetzung sowie der Anstiftung zur schweren Körperverletzung dar. Wie die Humanistische Union mitteilt, prüft sie rechtliche Schritte in dieser Hinsicht. EXTRA-Dienst dokumentiert eine Tonbandaufzeichnung der Rede Lemmers in entscheidenden Auszügen:

"Einsolcher Zwischenruf sollte nicht meinetwegen unterbleiben, sondern wegen der Millionen Brüder und Schwestern jenseits der Zonengrenze! Und ich bin dafür, wenn sich einer flegelhaft hier benimmt, daß die Nachbarn ihn rausbefördern wollen. Auf uns, um ein Wort Ernst Reuters zu gebrauchen, schaut in dieser Stunde die Welt..." (Zwischenrufe: Heuchler, Heuchler, Blablabla) ... "Lassen Sie mich mit dem Freimut, der mir eigen ist, weil ich hier nicht als Sonderbeauftragter spreche, ich spreche nur als Ihr Mitbürger und als Ihr Abgeordneter in Bonn, und ich muß sagen, Berliner, sorgt dafür, daß mit diesen Burschen bald Schluß gemacht wird, wenn unser Ansehen in der Welt nicht völlig zerstört werden soll. Das Berlin von heute hat nicht mehr das Ansehen des Berlin vor 20 Jahren. Das wissen Sie, wenn Sie in die Welt kommen oder wenn Sie nach Westdeutschland kommen. Und ich möchte diese Kundgebung des Mitgefühls, des Mitleidens mit dem bedauernswerten tschechischen Volk, dem slowakischen Volk, Völker, die eine leidvolle Geschichte haben wie wir, dann möchte ich nicht unterlassen, was ich eben durch die Zwischenbemerkung mit einer gewissen Leidenschaft sagte: Wenn wir Berliner in den nächsten Monaten und Jahren ungeachtet unserer Meinungsverschiedenheiten, auch Meinungsverschiedenheiten mit denen, die randalieren, wenn wir nicht hier zu der Solidarität, der Einheit und Selbstdisziplin in guter politischer Moral zurückkehren, dann sehe ich Gefahren für die Zukunft des freien Berlin. Ich spreche das im Vertrauen darauf aus, daß Sie mit mir entschlossen sind, die gute Moral unserer Berliner in ihrer so schwierigen Situation inmitten der sowjetischen Machtwelt, daß Sie mir dabei und allen Männern, dem Regierenden Bürgermeister, der hier heute auch anwesend ist in seiner Eigenschaft als unser amtierendes Staatsoberhaupt, daß wir den alten Geist vor 23 Jahren wiederfinden und nicht dulden, daß diese Moral im Dienst der Freiheit in diesem geteilten Berlin jemals verloren geht. Bleiben Sie, meine Freunde, auch heute abend so diszipliniert, so wie es nach jeder großen Freiheitskundgebung im Laufe der vergangenen 23 Jahre in unserer Stadt der Fall gewesen ist."

= = = = =